



Rundbrief

Februar 2022



We make democracy! Jugendliche aus dem Westbalkan und der Schweiz am ersten Treffen in Zug, 21.9. 2021

Bild SAJV

Liebe Leserinnen und Leser

Die menschenrechts- und die sicherheitspolitische Lage im Osten Europas verschlechtert sich leider. In Russland wurde «Memorial» liquidiert, eine der ältesten Menschenrechtsorganisationen. Unser Vorstandsmitglied **Franziska Rich** berichtet und hat für uns Stimmen aus Russland zusammengestellt. Gleichzeitig bedroht Russland mit einem massiven Truppenaufgebot die Ukraine und die NATO ergreift Gegenmassnahmen; wir wissen nicht, ob ein Krieg ausgebrochen sein wird, wenn Sie diesen Rundbrief in den Händen halten. Da beeindruckt der Mut, mit welchem Frauen in der Ukraine sich für den Frieden einsetzen. Die frühere Nationalrätin **Margret Kiener Nellen**, Vorstandsmitglied der FriedensFrauen Weltweit, war im 2021 letztmals in der Ukraine und schildert uns die FriedensFrauenTische. Auch die **CSP** reagiert auf die zunehmende Bedrohung der Sicherheit und der Menschenrechte und verlangt in der **Stockholm Erklärung**, dass die OSZE gestärkt und der Menschlichen Dimension grösseres Gewicht gegeben wird. Erfreulicherweise will die Schweiz in den nächsten Jahren die «Revitalisierung» der OSZE zu einer aussenpolitischen Priorität machen. Das ergibt sich aus dem soeben publizierten **OSZE-Aktionsplan 2022-2025**. Schliesslich berichtet **Simon Dousse** über das **Projekt «We make Democracy!»**. Da geht es um Teilnahme von Jugendlichen aus verschiedenen Staaten des Westbalkans am gesellschaftlichen und politischen Leben. Diese Zielsetzung ist eng verwandt mit den Sommerschulen, welche die SHV im Westbalkan durchführt.

Die Zivilgesellschaft darf sich trotz der Schwierigkeiten nicht entmutigen lassen, sich für eine Verbesserung der Menschenrechte, des Rechtsstaates und der Demokratie sowie für den Frieden einzusetzen.

Christoph Lanz, Präsident

DAS GEDÄCHTNIS KANN MAN NICHT TÖTEN

Stimmen zur Zwangsauflösung von „Memorial International“ in Russland

„Am 28. Dezember 2021 hat das Oberste Gericht der Russischen Föderation entschieden, Memorial International zu liquidieren. Der formale Vorwand, mit dem die Generalstaatsanwaltschaft ihre Klage begründete, war das Fehlen des Etiketts des 'ausländischen Agenten' auf einigen unserer Dokumente. Vor Gericht scheiterte diese Behauptung auf ganzer Linie. Endlich wurde bei der heutigen Verhandlung der nicht formale Vorwand, sondern eigentliche Grund für die Auflösung von Memorial International genannt: die Generalstaatsanwaltschaft behauptet, dass wir die sowjetische Geschichte falsch auslegen, 'ein lügnerisches Bild der UdSSR als terroristischen Staat' schaffen, 'mit Kritik über die Organe der Staatsmacht herfallen'. Und der Staat, so die Meinung unserer Opponenten, ist etwas, was nicht kritisiert werden darf...“.

Diese Erklärung veröffentlichte „Memorial International“ nach der Urteilsverkündung. „Memorial“ ist nicht die erste nichtstaatliche Organisation in Russland, die auf Grund des Gesetzes über „ausländische Agenten“ in der letzten Zeit zwangsliquidiert oder angeklagt wurde, aber bei weitem die bekannteste und bedeutendste. Vor mehr als 30 Jahren mit Unterstützung u.a. von Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow gegründet, befasste sich Memorial mit der Erforschung und Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte, der Wahrung des Gedächtnisses an die Millionen Opfer der Stalinschen Gewaltherrschaft und setzte sich auch für die Einhaltung der Menschenrechte in der heutigen russischen Gesellschaft ein. „Memorial International“ besass Filialen in verschiedenen andern Ländern Ost- und Westeuropas, war vernetzt mit vielen Forschungseinrichtungen und anderen gleichgesinnten Organisationen.



Zwei junge Leute demonstrieren am 25.11.2021 gegen die Liquidierung von Memorial Bild Shutterstock/Elena Rostunova

Die Auflösung von „Memorial“ ist nicht nur ein Rückschlag für die Zivilgesellschaft und die Menschenrechtsbewegung in Russland. „Memorial“ war wohl die geachtetste NGO in Russland, weil die Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit ihrer Arbeit nachvollziehen konnte. Es gibt im Lande zu viele Familien, deren Angehörige in Konzentrationslagern der Stalinzeit ums Leben kamen, als „Volksverräter“ standrechtlich erschossen wurden oder schwer traumatisiert die Gewaltherrschaft überlebten. Diesen Opfern gebührt in den Augen vieler Menschen in Russland ewiges Gedenken. Deshalb unterstützen sie die Tätigkeit und

Anliegen von Memorial. Die russische Staatsführung will aber nicht, dass an die Gewaltherrschaft von Stalin erinnert wird. Das widerspricht der Betonung des Nationalismus sowie der „Unfehlbarkeit“ auch der heutigen russischen Regierung.

Die Reaktionen aus der Bevölkerung auf den Entschluss des Obersten Gerichts waren ungewöhnlich harsch und empört. Die Internet-Plattform Meduza (<https://meduza.io>) veröffentlichte eine Reihe von Stimmen, von denen wir hier einige in Auszügen wiedergeben (Übersetzung: FR):

Dmitrij Kolezev, Chefredakteur des Internetportals „Republic“

„Das war's: Das Oberste Gericht hat den Beschluss gefasst, 'Memorial International' aufzulösen. Wenn ich ehrlich sein will, so glaubte, hoffte ich bis zum letzten, dass dies nicht geschehen würde. Es ist ein sehr trauriger, schädlicher und falscher Beschluss. Er stärkt den Pessimismus hinsichtlich der Perspektiven der Entwicklungen in Russland sehr. Denn das Hauptanliegen von 'Memorial' war die Wahrung des Gedächtnisses an die Repressionen, damit die Verbrechen des Staates sich in Zukunft nicht mehr wiederholen. Aber wenn der Staat nun verbietet, dieses Gedächtnis zu bewahren, so lässt sich unschwer erahnen, in welche Richtung er sich bewegt“.

Njuta Federmesser, Leiterin des Moskauer Zentrums für palliative Hilfe, Gründerin des Hilfsfonds „Vera“ für Sterbekliniken

„Das Gericht verfügte die Auflösung von 'Memorial'. Eine Schande. Eine Schande, bei der man sich schämt, gleichzeitig leben zu müssen. 'Memorial' wurde von Andrej Sacharow gegründet. 'Memorial' ist eine der hochangesehensten Initiativen im Lande. 'Memorial' bedeutet Gedächtnis. Das Gedächtnis kann man nicht liquidieren, nicht töten. Wir haben kein Gerichtssystem. Niemand, weder die einfachsten Menschen im Lande noch die Staatsführung glauben an eine Gerichtsbarkeit in Russland. Alle hassen und fürchten sie. Nein, sie fürchten sie nicht, sie verachten sie. Hassen und verachten. Es wird interessant sein zu sehen, ob ich für diese Worte zur Verantwortung gezogen werde...“

Grigorij Javlinskij, Politiker, Gründer der liberalen Partei „Jabloko“

„Die Auflösung von 'Memorial International' ist eine politische Entscheidung, die keinen Bezug hat, weder zum Recht, Gesetz noch zur Verfassung. Mit diesem Entscheid hat die heutige Staatsführung sich zur Nachfolgerin des Stalinschen Sowjetregimes erklärt. So bedeutet nun jede Kritik am Sowjetregime und die Klärung historischer Tatsachen zu den Verbrechen des Stalinismus eine Diskreditierung der heutigen Staatsmacht. 'Memorial' wurde liquidiert, weil 'Memorial' die Wahrheit sagt. Dies bedeutet den Übergang von einem autoritären zu einem totalitären Regime. Dies ist ein Schritt mehr in Richtung Krieg.“

Fraktion der Kommunistischen Partei Russlands im Staatsrat der Republik Komi

„...Die Staatführung beweist ihre fehlende Bereitschaft Meinungen anzuhören, die sich von ihrer eigenen unterscheiden, und ist bestrebt, mit Hilfe des repressiven Polizei- und Gerichtsapparates jegliches Andersdenken unabhängig von der politischen Ausrichtung zu unterbinden. Dies war das Ziel des Prozesses gegen 'Memorial', wie auch anderer der heutigen politisch repressiven Massnahmen...“

Marianna Maksimovskaja, Unternehmerin Mikhailov & Partners Group, frühere Fernsehmoderatorin

„Mein Urgrossvater wurde während der Stalinschen Repressionen erschossen. Der zweite kam in den Stalinschen Lagern um. Meine Urgrossmutter sass

im Stalinschen Gefängnis ein und kam auf wunderbare Weise nach einer gewissen Zeit frei. Meine Grossmutter wurde eines Nachts im Alter von 17 Jahren aus der Wohnung verhafteter Verwandter ausquartiert, sie brachte ihrer Mutter Essenspakete ins Gefängnis und erzählte danach ihr Leben lang, wie das damals für sie war, den Stempel eines 'Mitglieds der Familie eines Volksverrätters' tragen zu müssen. Na ja, mein Urgrossvater wurde später nach seinem Tode rehabilitiert. 'Memorial' hat das Gedächtnis an die schuldlos Verfolgten wiederhergestellt und das Gedächtnis an die Verbrechen des Stalinregimes bewahrt. Der heutige Gerichtsentscheid über die Auflösung von 'Memorial' wird beim Obersten Gericht unseres Landes einen Schandfleck hinterlassen...“

Franziska Rich



Meeting von Memorial am 12.6.2012 in St. Petersburg
Bild Wikimedia

FRAUENFRIEDENSTISCHE FÜR DEN FRIEDEN IM DONBASS/UKRAINE

Nach zwei Menschenrechtsmissionen und drei Wahlbeobachtungen als frühere Vorsitzende des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen der PV OSZE (vgl. SHV-Rundbrief 2/2019), führte mich im Herbst 2021 das Projekt der FrauenFriedensTische der FriedensFrauen Weltweit (Peace-Women Across the Globe, PWAG) erneut in den Osten der Ukraine. Frauen in Gemeinden nahe der «Konfliktlinie» sind mehrfach vom Krieg zwischen der Ukraine und den sogenannten Volksrepubliken Donetsk und Lugansk betroffen. An FrauenFriedensTischen können sie sich frei über ihre Erfahrungen und Friedensvisionen austauschen und sich vernetzen.



Teilnehmerinnen des FrauenFriedensTisches im Oblast Lugansk übergeben ein Geschenktuch mit örtlichen Motiven Bild PWAG

Seit Mai 2021 führt die Nichtregierungsorganisation PWAG mit Sitz in Bern zusammen mit unserer

ukrainischen Partnerorganisation in der kriegsbedroffenen Region im Osten der Ukraine FrauenFriedensTische (Women Peace Tables, WPT) durch. Dort entwickeln Frauen unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen Weltanschauungen gemeinsam Strategien, wie sie ihren Alltag frei von Gewalt gestalten, ihre Lebensbedingungen langfristig verbessern und zum ersehnten Kriegsende beitragen können.

Der Krieg in der Ostukraine dauert seit 2014 und die Menschen leiden. Gemäss Schätzungen des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte OHCHR gab es bis Ende 2021 14'300 Tote und 38'000 Verwundete – davon die grössere Zahl östlich der

Kontaktlinie. Nach Afghanistan und Syrien ist die Ostukraine das am drittstärksten vermintete Gebiet der Welt. Gewalt, besonders häusliche Gewalt, und die Militarisierung öffentlicher Räume nehmen massiv zu, im ganzen Land. Als Friedensorganisation sind wir gefordert, hier zum Friedensprozess beizutragen.

Nach unserer Ankunft in Kiev erhalten die Projektkoordinatorin Annemarie Sancar und ich wertvolle Hintergrundinformationen von den Vertreterinnen internationaler Organisationen wie UN WOMEN, OSZE, SMM, IKRK und OHCHR. Mein Dank geht auch an die Botschaft der Ukraine in Bern sowie die Botschaft der Schweiz in Kiev für ihre logistische Unterstützung.

Im Zentrum unseres Projekts steht die UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu «Frauen, Frieden und Sicherheit». Sie anerkennt die zu fördernde Rolle der Frauen als Akteurinnen in der Friedensarbeit und war daher an den WPT richtungsweisend: Was bedeutet Sicherheit? Wo fühle ich mich als Frau unsicher? Wir haben in Charkiv sowie in den Bezirken Donetsk und Lugansk an fünf WPT zugehört. Es war wichtig, sowohl Frauen von Stadt und Land, Opfer des Kriegs, intern Vertriebene und vulnerable Menschen, als auch Vertreterinnen von Polizei, Armee, Verwaltung und verschiedenen Frauenorganisationen anzuhören.

Der Krieg, Waffen, grassierende Armut, Erwerbslosigkeit sowie geschlechtsspezifische Gewalt standen im Zentrum der Diskussionen. «In unserer Gesellschaft ist Gewalt zur Norm geworden», sagte eine Frau gleich zu Beginn. Die Einsetzung militärischer Verwaltungen anstelle der gewählten Gemeindeexekutiven hat die Skepsis gegenüber den Behörden erhöht. Auch das Thema Korruption, bestätigt durch den Prüfbericht des EU-Rechnungshofs, belastet die Frauen sehr. Die Dezentralisierungsreform mit gleichzeitigen Fusionen von Schulen und Spitälern sowie Wegzug von ÄrztInnen verunsichert die Bevölkerung. Zurückbehaltene Renten und mickrige Entschädigungen für verschollene, verwundete und getötete Menschen, führen zu Empörung. Die Mutter eines vermissten Sohnes: »Für einen getöteten Soldaten erhältst Du 700 Griwna (ca. 23 CHF), für einen Vermissten erhältst Du nichts, nicht einmal einen Blumenstraus am 8. März!«.

Zum Abschluss unserer Projektreise konnten wir unsere Erkenntnisse und Fragen mit der genderbeauftragten Kommissarin der ukrainischen Regierung in Kiev besprechen.

Jetzt entwickeln wir mit unseren ukrainischen Partnerinnen ein längerfristiges Programm. In den verschiedenen Netzwerken sollen friedensrelevante Diskussionen geführt und die Erkenntnisse an die entscheidungskompetenten Gremien auf allen Ebenen herangetragen werden. Als Friedensorganisation wollen wir den Austausch und die Vernetzung unter den Frauen und Frauenorganisationen erleichtern, damit ein gemeinsames Friedensverständnis wachsen kann.



Sitzung am FrauenFriedensTisch 40 km westlich der <Kontaktlinie>
Bild Margret Kiener Nellen

Das Netzwerk von PWAG ist weltweit ein Einstieg in entscheidende politische Friedensprozesse. Welche Rolle können zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Stärkung der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen spielen? Wie können die Forderungen von Frauen auf die politische Agenda gebracht werden? Diese und weitere Fragen vertieft unsere neue Publikation «From transition to transformation. Strengthening women's effective participation in peacebuilding and transitional justice processes.» (https://www.1000peacewomen.org/admin/data/files/page_section_file/file/258/pwag_web_english_211_101_a1.pdf?lm=1636044813)

Als Vertreterin der Zivilgesellschaft vertrat ich während des 28. OSZE-Ministerrats in Stockholm im Dezember 2021 den dringlichen Aufruf von PWAG für eine unmittelbare Waffenruhe und einen effektiven Friedensprozess. Wir forderten darin die beteiligten Staaten und Organisationen auf, die Militarisierung und militärische Aufrüstung sofort zu stoppen. Die Menschen in der Ukraine und in den beiden Volksrepubliken brauchen jetzt Milliarden für den sozialen und ökologischen Wiederaufbau, damit die zivile Gesellschaft sich endlich regenerieren und in friedlichem Umfeld entwickeln kann!

Margret Kiener Nellen,
Vorstand FriedensFrauen Weltweit,
ehem. Nationalrätin

STOCKHOLM ERKLÄRUNG DER CSP

Am 1. Dezember 2021 hat in Stockholm die Parallelkonferenz der Civic Solidarity Platform CSP stattgefunden. Auf der Tagesordnung standen vier Themen: Belarus, andere Konflikte in der OSZE-Region wie Ukraine und Nagorno-Karabach, Selbstevaluation in den Vorsitzstaaten 2021/2022 (Schweden und Polen) sowie eine grundsätzliche Analyse über die Entwicklung und die Herausforderungen bei der Verwirklichung der sicherheitspolitischen und menschenrechtlichen Verpflichtungen der OSZE. Das letzte Thema führte zur Stockholm Erklärung der CSP, welche der OSZE-Vorsitzenden, der schwedischen Aussenministerin Ann Linde, zu Händen der Ministerrats-Konferenz vom 2./3. Dezember übergeben wurde.

Die Stockholm Erklärung verlangt von den Teilnehmerstaaten und den OSZE-Institutionen, dass sie die Menschliche Dimension stärker und systematischer berücksichtigen, gerade bei ihren Aktivitäten zur Verhinderung und Lösung von internationalen Konflikten. Dabei sollen die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen enger einbezogen werden. Die Kapazitäten der OSZE-Institutionen sollen erhöht werden, damit diese ihre Mandate erfüllen und z.B. sicherheitspolitische Krisen rasch und effektiv begegnen können. Es bedarf einer genügenden Finanzierung auch der Organe, welche langfristig arbeiten, wie den Feldmissionen (z.B. im Westbalkan). Gewünscht wird, dass Friede nicht «negativ» definiert wird (Abwesenheit von Krieg), sondern «positiv». Darunter wird verstanden, dass der Rechtsstaat, die Menschenrechte, starke demokratische Institutionen, sozialer Zusammenhalt und Widerstandskraft gegen Gewalt gefördert werden.



Die OSZE-Vorsitzende und die Spitzen des OSZE-Sekretariates nehmen die Stockholm Erklärung entgegen

Bild MFA Sweden/Frida Drake

Das Frühwarnsystem soll gestärkt und auch auf Krisen in der Menschlichen Dimension ausgedehnt werden. Das im OSZE-Sekretariat bestehende Zentrum für Konfliktprävention (CPC) braucht dazu mehr Unterstützung durch die Teilnehmerstaaten. Auch der OSZE-Vorsitz sowie die Generalsekretärin sollten ihre Kompetenzen effektiver nutzen, um Konflikte zu vermeiden. Wenn Konflikte ausgebrochen sind, haben diese Organe eine besondere Verantwortung.

Im Anschluss an Konflikte geht es darum, die Wunden zu heilen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Konfliktparteien wieder aufeinander zugehen, dass Propaganda bekämpft und Stereotypen aufgelöst werden. Kulturelle Projekte und Erziehungsprogramme sind dazu besonders geeignet. Die LeserInnen des Rundbriefs wissen, dass die SHV seit einigen Jahren ein Projekt durchführt, welches genau diesen Zielen dient, nämlich die Sommerschulen für SchülerInnen aus fünf verschiedenen Staaten des Westbalkans; da wird die Geschichte der Region kritisch behandelt und nationalistische Vorurteile werden hinterfragt.

Die Stockholm Erklärung betont wiederholt, dass die Zivilgesellschaft, namentlich auch Frauenorganisationen eine aktivere Rolle spielen sollten bei der Verhinderung und Bewältigung von Konflikten. Einzelne AktivistInnen, Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft sollten besser geschützt werden gegen Angriffe, Strafverfolgung durch Regierungen und Attacken von nichtstaatlichen Akteuren. Es wird angeregt, in der OSZE eine/n «Special Representative on Civil Society» zu schaffen mit der Aufgabe, die Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zu pflegen und die Interessen der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen.

Die OSZE-Vorsitzende Ann Linde bedankte sich bei der Zivilgesellschaft für ihre Beiträge in allen Aufgabenbereichen der OSZE und OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid sagte: *“Civil society organizations play a core role in everything the OSCE does – from conflict prevention, to combatting organized crime, to promoting economic empowerment and beyond. The Stockholm Dialogue, which echoes many of my own priorities for the organization, is a timely reminder of this contribution.”*

Sie finden den Wortlaut der Stockholm Erklärung und der Resolutionen zu den anderen Themen unter folgendem Link: <https://www.civicsolidarity.org/article/1845/outcome-documents-2021-osce-parallel-civil-society-conference> .

Christoph Lanz

OSZE-AKTIONSPLAN DER SCHWEIZ 2022-2025

Bundesrat Cassis hat bei seinem Besuch in Wien von Mitte Januar 2022 dem amtierenden Vorsitzenden sowie der Generalsekretärin der OSZE den neuen Aktionsplan der Schweiz vorgestellt. Die Schweiz will in den nächsten Jahren dazu beitragen, die bisherigen Errungenschaften der OSZE zu revitalisieren und eine Zukunftsaugenda 2025 zu erarbeiten.



Bundespräsident Cassis mit dem Vorsitzenden der OSZE, dem polnischen Aussenminister
Bild OSZE/Micky Kroell

Die OSZE steht an einem schwierigen Punkt. Die Sicherheitslage in Europa hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. So haben der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan zu offenen militärischen Aktionen geführt und im Osten der Ukraine die täglichen Verletzungen des Minsker Abkommens wieder stark zugenommen. Russland hat an der Grenze zur Ukraine massiv Truppen zusammengezogen und es muss befürchtet werden, dass ein Angriff auf die Ukraine bevorsteht. Die Menschenrechte werden namentlich in Belarus und in Russland, aber auch in Zentralasien, in der Türkei und in weiteren OSZE-Staaten mit Füssen getreten. Verschiedene im Rahmen der OSZE geschaffene Mechanismen zur Eindämmung der Gefahren treten an Ort oder werden geschwächt. So wird z.B. den Patrouillen der OSZE-Sonderbeobachtungsmission SMM in der Ukraine immer wieder der Zugang zu gewissen Gebieten der abtrünnigen «Republiken» Luhansk und Donetsk verwehrt und im 2021 ist kein Konsens der Teilnehmerstaaten zu Stande gekommen, die jährliche Konferenz über die Umsetzung der Verpflichtungen in der Menschlichen Dimension (HDIM) durchzuführen.

Jede Krise ist auch eine Chance. 2025 wird sich der Beschluss der Helsinki Schlussakte der OSZE zum 50. Mal jähren und es lohnt sich, auf diesen Zeitpunkt die OSZE zu «revitalisieren». Es ist sehr positiv, dass sich die Schweiz vornimmt, die OSZE in den nächsten Jahren als aussenpolitische Priorität zu behandeln und einen Beitrag zur Verbesserung der sicherheitspolitischen und menschenrechtlichen Lage in Europa zu leisten. Natürlich braucht es dazu eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Teilnehmerstaaten.

Was sind die Ziele und Massnahmen des Schweizer Aktionsplans? Wir können hier nur einige wesentliche Punkte erwähnen und verweisen auf den Text in: https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/internationale-organisationen/aktionsplan-osze-2022-2025_de.pdf :

- Förderung des Dialogprozesses, welche zu einer Übereinkunft über eine gut funktionierende OSZE führen soll, inkl. einer Reform des Haushaltes und Budgetverfahrens
- Revitalisierung der Rüstungskontrolle
- Stärkung von OSZE-Mediationskapazitäten
- Wirksamkeit der OSZE-Institutionen erhöhen, welche für die Einhaltung der Menschenrechte zuständig sind, inkl. Wahlbeobachtungen sowie Einsatz zum Schutz der Minderheiten, der Meinungsfreiheit und gegen Todesstrafe und Folter
- Digitalisierung in allen Dimensionen der OSZE fördern, z.B. die Cyber-Sicherheit
- Wirtschaftliche Verbindungen fördern, unter Berücksichtigung von Good Governance und Korruptionsbekämpfung
- Informelle und formelle Dialogprozesse fördern und gute Dienste anbieten

Es ist erfreulich, dass der Aktionsplan das umfassende Verständnis von Sicherheit bekräftigt, welches bereits der Helsinki Schlussakte von 1975 zu Grunde liegt: politisch-militärische Sicherheit gibt es nicht ohne Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat sowie Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und umweltpolitischer Hinsicht.



Fahnen der OSZE-Staaten an der Wiener Hofburg
Bild Shutterstock

Der Aktionsplan ist vom EDA verabschiedet worden. Damit er nicht toter Buchstabe bleibt, wird es viel politischen und diplomatischen Einsatz brauchen. Zu Recht wird betont, dass es einer guten Zusammenarbeit innerhalb des Departementes und mit den anderen Departementen bedarf sowie auch mit aussenstehenden Akteuren. Dazu gehören das Parlament, namentlich seine OSZE-Delegation, Thinktanks, swisspeace und eine Reihe von NGOs. Die Schweizerische Helsinki Vereinigung SHV ist dazu sehr gerne bereit.

Christoph Lanz

WE MAKE DEMOCRACY!

We Make Democracy! ist ein internationales Projekt zur Förderung der Inklusion, zur Entwicklung eines internationalen Netzwerkes und zur Ermunterung der gesellschaftlichen Beteiligung der Jugend in den Westbalkanländern und in der Schweiz



Teilnehmende am Treffen vom Dezember 2021 in Slowenien

Bild SAJV

Unabhängig von Nationalität und individueller Identität ist die Jugend überdurchschnittlich von Ausgrenzung, Diskriminierung oder Unterrepräsentation betroffen. Besonders Jugendliche mit Minderheiten-, Diaspora- und/oder Migrationshintergrund leiden darunter. Der multidimensionale Charakter solcher komplexen Mechanismen erfordert eine umfassende und angemessene Reaktion. Um die Zivilgesellschaft und die Jugendbewegung in den Westbalkanländern und in der Schweiz zu stärken, hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) zusammen mit lokalen Partner*innen und Expert*innen das Projekt „We Make Democracy!“ lanciert. „We Make Democracy“ bringt ungefähr 45 Jugendaktivist*innen und Expert*innen aus 10 verschiedenen Ländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Slowenien und Schweiz) zusammen. Das Projekt wurde in Mai 2021 lanciert, wegen COVID online.

Während der gesamten Dauer des Projekts (2021-2022) arbeiten Expert*innen und Jugendaktivist*innen aus verschiedenen Kontexten Hand in Hand mit lokalen Partner*innen aus den verschiedenen Ländern. Dieses iteratives Gestaltungsverfahren dient dazu, dass alle Beteiligten bei We Make Democracy! das Projekt mitgestalten können. Der Ablauf des Projektes wurde geplant, um die Lernerfahrung von Jugendaktivist*innen und Expert*innen zu bereichern, indem es den horizontalen Austausch zwischen allen involvierten Personen ermöglicht. Vielfalt, Mitgestaltung, Partizipation und Inklusion von Allen sind die Leitmotive des Projektes. Diese Grundprinzipien sind im Einklang mit der Methodologie des Projekts, die auf non-formal education, peer-to-peer exchange und experiential learning beruht.

Die Ziele des Projektes sind zweidimensional. Zum einen wurde eine Online-Plattform entwickelt. Diese Online-Plattform soll das Netzwerk stärken und den Austausch von Erfahrungen und Expertisen vereinfachen.

Zum anderen haben die Jugendaktivist*innen konkrete gemeinsame Aktionen vorbereitet. Diese Aktionen sind Instrumente, Aktionspläne oder Projekte, die spezifische Lösungen zu Mechanismen der Diskriminierung, Exklusion und Unterrepräsentation darstellen. Dadurch werden von den Jugendaktivist*innen spezifische Kenntnisse zur Projektentwicklung, Advocacy und zum analytischen Denken erworben sowie konkrete Aktionen umgesetzt und ausprobiert. Um die Ergebnisse zu verwirklichen, sind insgesamt sechs Treffen vorgesehen: drei in der Schweiz, eines in Slowenien, eines in Bosnien und Herzegowina und eines in Albanien. Bisher hat eine Veranstaltung (sog. workshop for common basics) mit allen Jugendaktivist*innen und Expert*innen im September 2021 in der Schweiz stattgefunden. Im Dezember hat die erste thematische Veranstaltung (sog. site visit) mit einer kleinen Gruppe von Jugendaktivist*innen in Slowenien stattgefunden. Während dieser Veranstaltung wurde das Thema non-formal education angesprochen. Im März 2022 wird eine zweite Veranstaltung in Bosnien und Herzegowina zum Thema Digitalisierung durchgeführt. Im Mai 2022 wird die letzte thematische Veranstaltung zum Thema spot the blind spot in Albanien organisiert. Das Projekt wird im September 2022 mit der Abschlusskonferenz in der Schweiz enden.

Dieses Projekt ist eine einzigartige Gelegenheit, Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern zusammenzubringen, privilegierte Kontakte zwischen Partnerorganisationen zu knüpfen und spezifische Kompetenzen und Methodologien zum Thema Inklusion, active citizenship und Partizipation zu vermitteln. Die zahlreichen Teilnehmer*innen und Partner*innen sowie die Online-Plattform sollen dabei helfen, ein breiteres lokales Publikum zu erreichen. Das Projekt wird durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Movetia und die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) finanziert.

Simon Dousse, SAJV, Projektleiter

SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg - Vermerk Spende

Die QR-Rechnung wird schweizweit eingeführt. Sie wird die bisherigen roten und orangen Einzahlungsscheine per 30. September 2022 ersetzen. Auch mit QR-Einzahlungsscheinen können Sie über Ihren gewohnten Kanal bezahlen: per E-Banking, per Zahlungsauftrag an Ihre Bank, am Postschalter oder am Einzahlungsautomaten. Der QR-Code enthält alle wichtigen Zahlungsinformationen und ist digital lesbar – zum Beispiel mit dem Smartphone oder einem Belegleser.

SHV-VORSTAND

Christoph Lanz, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*
christoph.lanz@shv-ch.org

Marie-Ursula Kind, lic.iur., LL.M., stud. theol., ehem. Juristische Mitarbeiterin am ICTY, *Vizepräsidentin*
marie.ursula.kind@gmail.com

Michèle Häfliger, B.A. Osteuropastudien, Masterstudentin an den Universitäten Bern und Fribourg,
michelemariahaefliger@gmail.com

Fabian Hunold, lic.phil., Diplomat
fabianhunold@gmail.com

Berry Kralj, lic.iur, Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section,
Caritas Schweiz
berrykralj@bluewin.ch

Daniel Müller, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kanton Zürich
daniel.mueller@alumni.unifr.ch

Paulina Piotrowska-Motyka, Übersetzerin
piotrowska-motyka@gmail.com

Franziska Rich, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut
G2W-Ökumenisches Forum
franziska.rich@gmail.com

Nicholas Rüegg, B.A. in Übersetzung und mehrsprachiger Kommunikation, Mitarbeiter Parlamentsdienste PD
nicholas.rueegg@unifr.ch

Hanspeter Spörri, Journalist und Moderator
h.spoerri@bluewin.ch

Rolf Stücheli, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA
roky.stuecheli@bluewin.ch

EHRENPRÄSIDIUM

Marianne von Grünigen, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

SHV-Sekretariat, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg
062 888 01 75, *info@shv-ch.org*, *www.shv-ch.org*